



## Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Nach Brexit-Entscheidung: Auslandsrepräsentanz für „Invest in Bavaria“ im Vereinigten Königreich aufbauen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Auslandsrepräsentanz im Vereinigten Königreich aufzubauen, um den aufgrund des „Brexits“ verlagerungswilligen Unternehmen über die Ansiedlungsagentur „Invest in Bavaria“ die Vorteile des Wirtschaftsstandorts Bayern nahezu bringen und ihnen bei einer möglichen Standortverlagerung in den Freistaat als Vermittler und Berater zur Seite zu stehen.

#### **Begründung:**

Wie aus einer Erhebung der Beratungsgesellschaft KPMG hervorgeht, überlegen sich über drei Viertel der britischen Firmenchefs nach dem Brexit-Votum eine Verlagerung von Geschäftsteilen ins Ausland. Befragt wurden Unternehmen mit Umsätzen zwischen 100 Millionen und einer Milliarde Britischen Pfund. Aufgrund dieser neuen Situation entstehen vollkommen neue Möglichkeiten für den Wirtschaftsstandort Bayern. Deshalb soll nach Vorbild der bisherigen Auslandsrepräsentanzen auch im Vereinigten Königreich „Invest in Bavaria“ als Ansiedlungsagentur des Freistaates tätig werden. Sie kann dort Unternehmen aus den unterschiedlichsten Branchen dabei unterstützen, den optimalen Standort in Bayern zu finden, um nach einer Standortverlagerung von Beginn an erfolgreich wirtschaften zu können. Bislang gibt es noch keine Auslandsrepräsentanz im Vereinigten Königreich, über die diese Aufgabe wahrgenommen werden könnte. Entsprechend soll die Staatsregierung dort zeitnah die entsprechenden Kapazitäten aufbauen, um im Zuge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union den größtmöglichen wirtschaftlichen Vorteil für unseren Freistaat zu sichern.